

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 321

3. Nov. 2004

11. Jahrgang

„Und trotzdem, die Linke existiert weiter..“

Vom 8. bis 10. Oktober fand in Quetzaltenango das „Nationale Treffen für Frieden und Demokratie in Guatemala“ statt. Teilgenommen haben über 160 Personen, die sich selber als „progressiv, demokratisch und links“ definieren. Sie trafen sich, um einen Konsens zu finden und eine Plattform zu definieren für den Aufbau einer Gesellschaft, die sich auf Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden stützt. Erklärtes Ziel der OrganisatorInnen war eine Annäherung und Vertrauensbildung zwischen progressiven und demokratischen Kreisen, die Schaffung eines Raums für Analyse, Dialog, Debatte und Reflexion über die aktuelle Situation und die Rolle demokratischer Gruppierungen sowie die Diskussion über eine mögliche gemeinsame Agenda der verschiedenen sozialen Sektoren gegenüber der offiziellen nationalen Politik, sprich, der Regierung. Explizit ausgeschlossen aus den formulierten Zielen war die Frage über die mögliche Gründung einer neuen linken Partei.

„Die Linke war und ist heute mehr denn je ein pluralistisches Gebilde mit verschiedenen ideologischen Strömungen. Die Unterschiede, die früher zwischen der revolutionären und der demokratischen Linken gemacht wurden, sind heute obsolet. Vielmehr geht es mittlerweile um die Unterscheidung zwischen der institutionellen Linken (die sich am Wahlkampf beteiligt und politische Macht aspiriert) und der sozialen Linken (die sich auf soziale Mobilisierungen konzentriert mit der Absicht, die Machtverhältnisse zugunsten der Interessen der Bevölkerung zu verändern). Anstatt die Definition der Linken in Guatemala aufgrund dieser Kriterien zu bestimmen, wird sie doch meistens in Bezug auf ihr Verhältnis zur URNG (*Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas*) ausgelegt. Meiner Meinung nach müssen in Vorschlägen und Visionen einer guatemalteken Linken nicht nur die Beziehung zur URNG reflektiert, sondern auch die Erfahrungen aller je in Guatemala existierenden linken Organisationen einbezogen werden.“ (Carlos Figueroa Ibarra, in der Einleitung seines Vortrags beim „Nationalen Treffen“, www.encuentroporguatemala.org)

Beim Treffen in Quetzaltenango waren sie alle vertreten: Mitglieder der Parteien URNG und der ANN (*Allianz Neue Nation*) (eine der HauptinitiantInnen des Treffens war die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro), RepräsentantInnen der sozialen Linken, aber auch „gemäßigte“, wie VertreterInnen des BürgerInnenkomitees Xel-Ju oder Mitglieder der christdemokratischen und der sozialdemokratischen Parteien sowie der katholischen und evangelischen Kirche.

Anwesend waren auch VertreterInnen aus Brasilien, Ecuador, Panama und El Salvador, die über die Erfahrungen der Linken in ihren Ländern sprachen.

Marcos Rodríguez aus El Salvador berichtete über die Schwierigkeiten, welche die FMLN (*Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional*) im Nachkriegskontext von El Salvador zu bewältigen hatte: „Es war extrem schwierig, mit politischen Differenzen umzugehen. Die Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und einer politischen Partei ist keine arithmetische Summe, sondern der Aufbau anderer Formen von Zusammenarbeit.“ Und: „Die Armen, die Frauen und die Indígenas haben es nicht nötig, dass die Linke für sie spricht.

Unsereins hat immer das Gefühl, für alle sprechen zu müssen, dabei müssten wir in erster Linie lernen zuzuhören.“

Alejandro Moreano beschrieb anhand der Erfahrungen der ecuadorianischen Linken mit dem aktuellen Präsidenten Lucio Gutiérrez die Gefahr, der sich die sozialen Bewegungen aussetzen, wenn sie Allianzen mit Parteien eingehen, die ihre Forderungen nicht oder nur aus wahltaktischen Gründen unterstützen.

Am zweiten Tag des Treffens präsentierten drei VertreterInnen der guatemalteken Linken ihre Reflexionen und Überlegungen bezüglich progressiver, demokratischer und linker Gruppierungen. Einer von ihnen war Carlos Figueroa Ibarra, den wir an dieser Stelle noch einmal zitieren:

„Wir müssen uns fragen, ob es noch einen Sinn macht, zwischen „links“ und „rechts“ zu unterscheiden. Der Zerfall des Sozialismus hinterliess bei der Linken auf der ganzen Welt eine Benommenheit, die dazu führte, dass sich immer mehr zu fragen begannen, ob diese Differenzierung überhaupt noch angebracht ist. Bereits seit den sechziger Jahren proklamieren einige SozialwissenschaftlerInnen das Ende der Ideologien. Nach dem Zerfall des Sozialismus wurde vom Ende der Geschichte gesprochen. Ironischerweise waren es die eher konservativen Kreise, die vom Ende der Ideologien und vom Ende der Geschichte sprachen. Mit dem Ende der Ideologien meinten sie die Obsoleszenz des Marxismus, und mit dem Ende der Geschichte meinten sie in erster Linie das Ende der Konfrontationen, die das kapitalistische System und die liberale Demokratie als die beiden einzigen Lebensformen in Frage stellten. Das Ende der Ideologien und das Ende der Geschichte waren nichts anderes als die euphemistische Proklamation des Sieges EINER Ideologie und EINER Gesellschaftsform. Als der Realsozialismus, der Staatssozialismus, der sowjetische Sozialismus oder wie immer man das System nennen will, das in Osteuropa existierte, zusammenbrach, und somit die sogenannte Krise des Marxismus evident wurde, bekamen die Theorien vom Ende der Ideologie und vom Ende der Geschichte Aufwind. Welchen Sinn machte es, von einer Linken und einer Rechten zu sprechen, wenn die Vorschläge der Linken zunichte gemacht waren. Das

Verschwinden des einen Pols in diesem binären System machte auch den anderen überflüssig. Und trotzdem: Die Linke existiert weiter. Und die Rechte selbstverständlich auch. Obwohl die Vorherrschaft der Rechten in den letzten Jahren dermassen überhand genommen hat, dass die Linke einem manchmal tatsächlich nur noch wie eine schwache Erinnerung an die Vergangenheit erscheint.“

Die „schwache Erinnerung an die Vergangenheit“ ist jedoch unter der guatemaltekischen Linken noch sehr präsent. Verschiedene Organisationen und Einzelpersonen nutzten das Treffen in Quetzaltenango als Anlass, ihrerseits die aktuelle Situation zu analysieren und Vorschläge für eine „neue Linke“ zu machen. So zum Beispiel die elektronische Zeitschrift *albedrio* (www.albedrio.org):

„Die Linke darf nicht bloss als etwas Abstraktes wie eine Denkrichtung oder ein Zusammenschluss von Organisationen verstanden werden. Es ist wichtig, präsent zu haben, dass es in erster und letzter Linie Personen sind, die durch ihr theoretisches Denken und ihr praktisches Leben, organisiert oder unorganisiert, eine direkte Verantwortung haben für die vergangene und aktuelle Krise innerhalb der Linken. (...) Es ist Zeit für eine Erneuerung, die aus der Geschichte selbst erwächst. Es geht nicht darum, einen Schlussstrich zu ziehen und neu zu beginnen, sondern es geht darum, gewappnet aus einer wertvollen und lektionsreichen Erfahrung zu lernen. (...) Dies soll keine Show sein, bei der die Köpfe derer rollen, die das Schiff nicht zu lenken wussten, dessen Steuer sie im Alleingang übernommen haben. Die Personen werden von selber verschwinden, wenn sie nicht rechtzeitig ihr Verhalten ändern oder ihre irrtümlichen Positionen aufgeben. Es besteht die

Notwendigkeit einer Veränderung von Form und Inhalt, was nicht zu verwechseln ist mit einer simplen Mutation, wie es die Linke in anderen Ländern gemacht hat.“

Unter dem Titel „Ein anderes Guatemala ist möglich“ veröffentlichte das *Kollektiv der sozialen Organisationen COS* eine Analyse der Situation des Landes seit der Übernahme der Regierung durch Oscar Berger und die GANA. Das COS ruft die demokratischen und revolutionären Kreise, die Indígenas, die Frauen, die sozialen, BäuerInnen und Menschenrechtsorganisationen, die Kirche, die Studierenden, die Gewerkschaften und den informellen Sektor auf, persönliche und sektorielle Interessen zurückzustecken und gemeinsam eine „Frente Popular Libertador“ zu bilden.

In verschiedenen Arbeitsgruppen diskutierten die TeilnehmerInnen des Treffens in Quetzaltenango die „Gefahren und Chancen“ der Linken. Der Vorschlag der indigenen VertreterInnen, eine separate Arbeitsgruppe zum Thema „Indígenas“ zu bilden, wurde von einigen TeilnehmerInnen abgelehnt mit der Begründung, dadurch eine Spaltung herbeizuführen. Das Problem wurde gelöst, indem die Indígenas sich zu einer Strategiediskussion trafen, bevor sie sich auf die einzelnen Arbeitsgruppen aufteilten und so ihre Thematik überall hineinbringen konnten. Dies gelang anderen Sektoren wie den Frauen oder der Jugend nicht gleich gut. Obwohl auch ihre spezifischen Themen und Forderungen präsent waren und in die Schlussresolution aufgenommen wurden, vertraten sie ihre Anliegen nicht mit derselben Vehemenz und Energie wie die Indígenas.

Aus diesen Arbeitsgruppen stammen einige sehr selbstkritische Stellung-

nahmen, wie z.B., dass Ausschluss und Hegemonie, Autoritarismus und Intoleranz dazu geführt hätten, dass die Linke für viele Leute nicht attraktiv sei. Oder, dass es der Linken an Bezug zur multikulturellen und alltäglichen Realität der Bevölkerung fehle und sie das in den Gemeinden und Gemeinschaften vorhandene Wissen nicht zu nutzen gewusst habe, um Alternativen zu entwickeln.

In ihrer Schlusserklärung resümierten die OrganisatorInnen des Treffens ihre Erwartungen als mehr als befriedigt. Auf eine reife Weise habe man die Verschiedenheit, die Vielfalt, aber auch die Marginalisierung der demokratischen, progressiven und linken Kräfte in Guatemala erkannt. Man habe auch die notwendigen Qualitäten und Charakteristika erkannt, auf die eine neue politische Epoche ausgerichtet sein müsse. Grundvoraussetzung sei ein Zusammenschluss der Kräfte, eine Annäherung der Positionen, eine klare politische Linie, punktuelle Abkommen und strategische Allianzen.

Die InitiantInnen haben vor, weitere solche Treffen zu organisieren, sie sprechen bereits von einem *II Encuentro*, aber auch von sektoriellen Treffen. „Wir möchten, dass sich die Debatte auch auf andere Gruppierungen ausdehnt, auf die Indígenas, die Frauen, die Jugend und dass sich Dialogkanäle öffnen zwischen den verschiedenen Tendenzen der demokratischen und progressiven Kräfte. Es soll eine Vision einer Nation entwickelt werden, die gleichzeitig die Bevölkerung und jeden einzelnen und jede einzelne Guatemaltekin stärkt.“

Freie Fahrt durch Zentralamerika

Guatemala, 16. Okt. Ab Mitte November werden die Grenzen zwischen Guatemala und El Salvador geöffnet, teilte Migrationsdirektor Óscar Córdoba, mit. Gemäss den Vereinbarungen von März diesen Jahres werden im Laufe der Zeit die Grenzposten zwischen Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua fallen, Honduras öffnet sich Ende des Jahres und Nicaragua im ersten Trimester 2005 seinen NachbarInnen.

Die Öffnung beschränkt sich dabei gemäss Aussenwirtschaftsminister Enrique Lacs nicht auf den Personenverkehr, sondern umfasst auch den gesamten interregionalen Handel, was die globale Wettbewerbsfähigkeit vor allem mit Mexiko und den Ländern des Han-

delspakts Mercosur in Südamerika erhöhen soll. 60% der Warenrevisionen sollen aufgehoben und die Registrierung auf das Nötigste beschränkt werden. Mittels gleicher Datensysteme in den beteiligten Ländern soll die Kontrolle sowohl über Waren als auch über Personen bewahrt bleiben, die auf legale Weise ihr Land nicht verlassen können.

Derweil kamen die Polizeichefs von El Salvador und Guatemala, Ricardo Meneses und Erwin Sperisen überein, in den Grenzgebieten und im jeweils anderen Land gemeinsam Patrouillen aufzustellen. Sperisen träumt gar von der Gründung von zentralamerikanischen Sicherheitskräften und einer regionalen Polizei à la Interpol.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Erhöhte Transportkosten sorgen für Unmut

Guatemala, 27. Okt. Trotz des geschickten Timings, eine erneute Erhöhung des Fahrpreises sowohl in den urbanen als auch in den Überlandbussen just zu Beginn der Ferien einzuführen, wodurch immerhin der potentielle Protest der Studierenden und SchülerInnen umgangen werden konnte, überlässt sich die guatemalteckische Bevölkerung nicht einfach den illegalen Machenschaften der Busfahrer. Doch es sind eben diese, die letztendlich alles ausbaden müssen und ihren Unmut in Form von Beschimpfungen an die Fahrgäste weitergeben.

Schon seit Monaten drängen sie die Regierung zur Verstärkung der Sicherheitsvorkehrungen in den Bussen und an den Busbahnhöfen, werden sie doch gerade in der Hauptstadt aber auch an wichtigen Strassenkreuzungen im Inneren des Landes unter Gewaltandrohung von Seiten krimineller Banden zur Zahlung von Wegezöllen gezwungen. Doch sehr viel sicherer wird der Transport dadurch weder für die Chauffeure, die Fahrgeldeinsammelnden *Ayudantes*, noch für die Fahrgäste.

Und nun gilt es auch noch, die Verteuerung des Benzins auszugleichen. Mal eben den Fahrpreis zu erhöhen, liegt als Massnahme zwar nahe, entspricht jedoch weder den Gesetzen noch ist dies

angesichts der allgemein prekären Wirtschaftslage der Guatemalteken zu rechtfertigen, deren sog. Warenkorbpreis ohnehin immens gestiegen und für viele immer unbezahlbarer wird.

In Gesprächen zwischen Präsident Oscar Berger, dem Bürgermeister der Hauptstadt, Alvaro Arzú, und den Busunternehmen sicherte die Regierung dem Transportsektor zwar mittlerweile eine Extra-Subvention von je 12 Mio. Quetzales für die Monate November und Dezember zu. Diese ist jedoch laut Vizepräsident Eduardo Stein lediglich eine palliative Methode und berührt die Problematik nicht grundlegend. Auf Dauer sei vielmehr der komplette Abbau von Subventionen vorgesehen. Wohlbermerkt: Diese Subventionen gelten nur für die Hauptstadt. Was die Preiserhöhungen der urbanen Busse der Departementsstädte und des Überlandtransports betrifft, will Präsident Berger nichts angehen: "Da müssen die lokalen Behörden eine Lösung suchen", erklärte er gegenüber der Presse.

Victoriano Zacarías, Vertreter der ArbeiterInnengewerkschaft CGTG machte auf einen historisch bekannten Aspekt von Subventionen in Guatemala aufmerksam: Diese kommen gar nicht der Bevölkerung zu Gute, da sie den Unternehmen zugesteckt würden. An-

statt sich pflichtgemäss um die Instandhaltung ihrer Fahrzeuge und die Verbesserung des Services zu kümmern, steckten sie die staatlichen Zulagen lieber in die eigene Tasche und verlangten von den Chauffeuren nichtsdestotrotz das Einbringen von Gewinnen.

Diese versuchen sich in manchen Städten mittels Streiks zur Wehr gegen diese Willkür zu setzen, andernorts ging in den letzten Tagen die Bevölkerung auf die Barrikaden, sperrte Ortszugänge, zündete Autoreifen an, um den Plänen der Regierung, die Fahrpreiserhöhung gesetzlich zu genehmigen, entgegenzutreten. Zudem wird die Regierung aufgefordert, mit einer Kommission, die auch die sozialen Sektoren mit einbezieht, mögliche Lösungsalternativen zu erarbeiten, die nicht zu Lasten der Bevölkerung gehen.

Die Menschenrechtsorganisation *Grupo de Apoyo Mutuo* (GAM) warnt unterdessen davor, dass ein weiteres Hinausschieben der Problematik zu Beginn des neuen Schul- und Studienjahres im Januar unkontrollierbare Auseinandersetzungen zur Folge haben könnten. Dabei bestätigt und unterstützt die GAM die Protestierenden in ihrem Recht des Widerstandes gegen diesen Machtmissbrauch und die Verletzung ihrer Verfassungsrechte.

Armut – Migrationsgrund für Mädchen und Jungen

Guatemala, 25. Okt. Gewalt in der Familie, Alkohol- und Drogenprobleme der Eltern, aber vor allem die Armut, in der ca. 9 Mio. GuatemaltekenInnen und von diesen etwa 60% Minderjährige leben, sind die Hauptfaktoren, die schon Kinder und Heranwachsende dazu zwingen, das Land zu verlassen, um bessere Lebensbedingungen und günstigere Entwicklungschancen zu suchen, so José Alberto Flores, Vertreter der *Kommission der Menschenrechte von Guatemala* (CDHG). In manchen Grenzorten im Departement Quiché sei es schon zur Gewohnheit geworden, Jugendliche, die ihr 16. Lebensjahr erreichen, in die USA zu schicken, damit sie von dort aus zum Lebensunterhalt der Familie in Guatemala beitragen, erklärte Flores.

Jorge Ramírez, Vertreter der Abteilung für die Rechte der entwurzelten und MigrantInnenbevölkerung vom Menschenrechtsprokurat (PDH), berichtete, dass das Alter der minderjährigen MigrantInnen zwischen 13 und 17 Jahren schwankt. Die Mehr-

heit von ihnen reist ohne erwachsene Begleitung und bringt sich somit noch eher in die Gefahr, potentiell Opfer von sexuellem Missbrauch, Prostitution, sowie Drogen- und Organhandel zu werden.

Die PDH ist derzeit dabei, eine Studie über die Migrationsbewegungen der Heranwachsenden zu erstellen, doch bislang sind die Daten, die MitarbeiterInnen an den Grenzen aufzunehmen versuchen, aufgrund der Menge der Kinder, die die Grenzen überschreiten, ungenau.

Allein am Grenzposten El Carmen im Departement San Marcos wurden 40 Kinder pro Woche gezählt. In 2003 haben schätzungsweise 2'300 guatemalteckische Mädchen und Jungen die Grenze in Richtung Norden überquert. Somit führt Guatemala die Liste des infantilen Migrationsflusses an, gefolgt von Honduras und El Salvador.

Deutlich zugenommen hat auch die Zahl an guatemalteckischen Frauen im Alter zwischen 17 und 35 Jahren, die sich im Gegensatz zu früheren Zeiten allein aufmachen, entweder, um

im Norden eine Arbeitsstelle zu finden, oder aber, um zu ihren Ehemännern zu ziehen, die dieses Ziel bereits erreicht haben. Die Risiken, die sie dabei eingehen, sind die gleichen wie die für die Kinder.

Insgesamt wurden in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres 40'452 GuatemaltekenInnen auf ihrer Reise in den Norden aus den USA oder auch aus Mexiko wieder ins Heimatland deportiert, im Durchschnitt werden also monatlich rund 6'742 Personen, die sich auf den gefährvollen Weg gemacht haben, aufgegriffen und oftmals gefesselt im Flugzeug oder in Überlandbussen in die *Casa del Migrante* als nationale Auffangstation zurückgeschickt.

Immer wieder wird von Seiten sozialer Sektoren, AktivistInnen und Kirchenkreisen an die Regierung appelliert, sich für die Verbesserung der Migrationsbedingungen und den Umgang mit den MigrantInnen im Verlauf ihrer Reise von Seiten der Autoritäten einzusetzen. Doch passiert ist bislang wenig.

Gerechtigkeit, Land und Freiheit!

San Marcos, 20. Okt. Anlässlich des 60. Jahrestages der als "guatemalteker Frühling" bezeichneten Revolution von 1944 – 1954, organisierte das der *Plataforma Agraria* angeschlossene *Movimiento de Trabajadores Campesinos* (MTC) von San Marcos eine 2-tägige spektakuläre Aktion: Rund 900, im Grenzgebiet zu Mexiko lebende Personen suchten bei der mexikanischen Regierung um Exil an, da ihnen das Leben in Guatemala unmöglich gemacht würde. Die Familien leben auf Kaffeeplantagen und wurden in Folge der Kaffeekrise entlassen, ohne dass die ihnen rechtlich zustehende Entschädigung ausbezahlt wurde. In einem der Fälle wurde am 12. Januar dieses Jahres vom Arbeitsgericht zwar entschieden, dass die Campesin@s im Recht sind und entschädigt werden müssen, doch bisher kam der Fincabesitzer diesem Entscheid nicht nach und der Fall wird von Seiten des Gerichts nicht ernsthaft weiterverfolgt.

Die BäuerInnen protestierten am ersten Tag ihrer Aktion vor dem Arbeitsgericht in Malacatán und forderten ihre Wiederanstellung auf den Fincas. Für den zweiten Tag luden sie zu einer Pressekonferenz in Tapachula, Mexiko, ein, wo sie der zuständigen Behörde ihr Asylgesuch einreichten. „Es geht uns nicht nur ums Geld“, sagte der Rechtsberater des MTC, Carlos Meoño, „das viel grössere Problem ist, dass die Fincabesitzer Listen mit den Namen der organisierten BäuerInnen kursieren lassen und diese keine Chance mehr haben, in der Region Arbeit zu finden.“ „Durch den Erhalt des Flüchtlingsstatus erhoffen sich die BäuerInnen keine Privilegien, doch wären sie vor einer Deportation nach Guatemala geschützt und könnten in Mexiko offiziell Arbeit suchen,“ erklärte Juan José Monterroso vom MTC.

Wir veröffentlichen im folgenden die Presseerklärung des MTC, in der sie ihren Schritt, Exil in Mexiko zu beantragen, begründen:

„Die Revolution vom 20. Oktober 1944 bedeutete für unser Land eine Chance, sich zu modernisieren. Mit der Gründung von Institutionen, Gesetzen der öffentlichen Dienstleistungen wurde ein Guatemala ohne Sklaverei, Unterwürfigkeit und Diskriminierung geschaffen. Juan José Arévalo und Jacobo Arbenz waren zwischen 1944 und 1954 Visionäre und Promotoren eines Landes von Brüdern und Schwestern, die in Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden lebten.

60 Jahre nach Beginn dieser einmaligen Chance und 50 Jahre nachdem sie mit Hilfe der USA vereitelt und nieder-

geschlagen wurde, leben wir auf den Fincas und im Hochland von San Marcos wie zu den besten Jahren der Kolonialzeit. Die Interessen mächtiger Sektoren wie des UnternehmerInnenverbandes CACIF oder der in der UNAGRO zusammengeschlossenen LandbesitzerInnen, denen sich der Staat unterwirft, haben unser Sozialversicherungswesen und die Arbeitsgesetze ihrem ursprünglichen Sinn entfernt. Der Mangel an Bildung und die Militarisierung haben das ihre zu unserer Unterdrückung und Armut beigetragen. Dazu kommen die Korruption der Regierungen und die damit zusammenhängende Straflosigkeit, die den Schutz unserer Rechte als ArbeiterInnen untergraben. In den letzten Jahren haben die verschiedenen Behörden von San Marcos unser Land den Minenunternehmen zur Verfügung gestellt. Wir wurden dazu nicht befragt und uns bleiben ein paar Spiegelscherben im Tausch gegen unser Gold und Silber.

Das MTC und die *Plataforma Agraria* rufen die Regierung und die wirtschaftlich mächtigen Sektoren zum letzten Mal auf, gemeinsam mit uns die Kaffeekrise anzugehen und nach Lösungen zu suchen, um aus den unterdrückerischen Verhältnissen, in denen wir leben, neue soziale Beziehungen zu schaffen, die Frieden und soziale Gerechtigkeit garantieren. Der mangelnde politische Wille, solche Lösungen anzustreben und die Menschenrechte einzuhalten, treiben uns in eine Spirale von Gewalt und Misere, die wir nicht länger erdulden.

Als MTC und *Plataforma Agraria* haben wir unsere legalen Möglichkeiten ausgeschöpft. Wir haben mehrmals auf unsere Situation aufmerksam gemacht mit der Demonstration von El Tumbador im Oktober 2001, mit den beiden *Congreso Campesino* im Oktober 2002 und 2003 (siehe ¡Fijáte! 296), doch all dies wurde nicht ernst genommen. Auch der Sozialplan, durch den unsere Situation gemildert werden sollte, nützt nur etwas, wenn er mit der notwendigen Seriosität und unabhängig von parteipolitischen Interessen durchgeführt wird.

Anlässlich des 60. Jahrestages der guatemalteker Revolution manifestieren wir gegenüber dem Staat und der Internationalen Gemeinschaft:

- Wir fordern die Einhaltung der verfassungsmässig festgelegten Garantie von Leben, Gerechtigkeit und Integrität der guatemalteker BürgerInnen, speziell der ArbeiterInnen, die von der Kaffeekrise betroffen sind.

- Wir verurteilen die gewaltsamen Fincaráumungen, wie sie unter der aktu-

ellen Regierung stattfinden und bestehen auf unserem konstitutionellen Recht zu demonstrieren und die ungerechten Zustände öffentlich zu machen, denen wir ausgesetzt sind, weil die Regierung nicht in der Lage ist, eine Antwort auf unsere Probleme zu finden.

- Wir verurteilen die Politik der „Nahrungssicherheit“, die in San Marcos klar politisch und persönlich missbraucht wird vom GANA-Abgeordneten Luis Contreras, der Gruppen bevorzugt, die nicht direkt von der Armut betroffen sind und dafür Mitglieder der *Plataforma Agraria* aussen vor lässt.

- Wir fordern vom Arbeitsgericht in Malacatán eine strenge Einhaltung des Arbeitsgesetzes sowie die Beschleunigung unserer Fälle. Es sind insgesamt 54 Fälle, die von der *Plataforma Agraria* begleitet werden und die in der Bürokratie des Justizsystems blockiert werden. Wenn der Staat nicht in der Lage ist, einen ethischen Umgang mit den Arbeitsgesetzen zu finden, soll er wenigstens die Verantwortung tragen und die betroffenen Familien begleiten und entschädigen.

- Wir machen den wirtschaftlichen Sektor, den CACIF, die UNAGRO und ANACAFE, in Komplizenschaft mit der Regierung, für die inhumanen Bedingungen verantwortlich, unter denen wir leben müssen und die uns dazu zwingen, in die Nachbarländer zu flüchten.

- Wir verurteilen die Gier, mit der die transnationalen Unternehmen mit Einverständnis der Regierung unsere Bodenschätze abbauen, ohne auch nur im mindesten an eine Wiedergutmachung der wirtschaftlichen, spirituellen, ökologischen und sozialen Schäden zu denken, die sie verursachen.

Unsere Lösungsvorschläge:

- Eine grundsätzliche Reorganisation und Modernisierung des Justizsystems und eine Interpretation des Arbeitsgesetzes, die den ArbeiterInnen zugute kommt.

- Landvergabe an die von der Kaffeekrise betroffenen Familien gemäss den von der *Plataforma Agraria* vorgelegten Mechanismen. Die über 3'000 im MTC zusammengeschlossenen Familien fordern einen konkreten Ort, wo wir uns niederlassen können. Dies ist unser historisches Recht als ArbeiterInnen, die wir während mehr als einem Jahrhundert mit unserem Schweiß und Blut zur Bereicherung des guatemalteker Kaffeesektors beigetragen haben.

- Der Landfonds muss dahingehend umstrukturiert werden, dass er seiner Funktion nachkommen kann und

nicht von Politik und Marktinteressen dominiert ist.

- Wir fordern die Übergabe der leerstehenden Militärkasernen Nr. 18 in der Departementshauptstadt ans MTC, damit wir sie zusammen mit der lokalen Universität nutzen können, um die junge Generation zu Berufsleuten und HandwerkerInnen auszubilden und ihnen so alternative Einkunftsöglichkeiten zur Landwirtschaftsarbeit zu bieten.

- Wir fordern ein Überdenken der Politik und der Gesetze in Sachen Minen. Wir fordern das in San Marcos tätige Unternehmen *Montana* dazu auf, noch einmal über die Bücher zu gehen und bei ihren Entscheiden auch uns, die wir hier leben sowie unsere Mutter Erde mit einzubeziehen, wie das unsere Grosseltern seit Urzeiten gemacht haben.

Zum Schluss teilen wir unseren guatemalteckischen Brüdern und Schwestern sowie der internationalen Gemeinschaft mit, dass uns nichts anderes übrig bleibt, als in Mexiko, Kanada und

anderen Ländern um Exil anzufragen, weil wir in unserem eigenen Land nicht wie guatemalteckische BürgerInnen mit den entsprechenden Rechten behandelt werden.“

Dem Begehren der MTC-BäuerInnen wurde jedoch seitens der mexikanischen Behörden nicht stattgegeben. Jorge Mario Rosas vom mexikanischen Konsulat in Tecún Umán meinte, es gäbe keinen Grund, um die GuatemalteckInnen als Flüchtlinge anzuerkennen. „Der Krieg ist zu Ende, es ist besser, sie versuchen die rechtlichen Mittel in Guatemala auszuschöpfen und den Dialog mit der dortigen Regierung zu suchen“, erklärte Rosas.

In Guatemala selber fühlt sich auch niemand so richtig für die BäuerInnen von San Marcos zuständig:

Marta Altolaquirre, Vizeausserministerin, meinte, ihr Ministerium kümmere sich nur um Personen, die bereits das Land verlassen hätten, nicht um diejeni-

gen, die dies vorhätten. Mariel Aguilar von CONTIERRA, Instanz zur Vermittlung bei Landkonflikten, erklärte, dass es sich in diesem Fall um ein Arbeits- und nicht um ein Landproblem handle. Carlos Zuñiga von der Landwirtschaftskammer "ist das Problem unbekannt", und Präsident Berger, zum Thema befragt, meinte, es sei doch gut, dass die GuatemalteckInnen nach Mexiko zum Arbeiten gingen und ein paar mexikanische Pesos mit nach Hause brächten.

Unterstützung erhielt das MTC von der *Vereinigung für eine integrale Entwicklung* aus Sololá, ASUDI, welche zeitgleich mit der Aktion in San Marcos eine Demonstration vor der mexikanischen Botschaft in der Hauptstadt veranstaltete. Ebenso erklärte sich der *Block der unabhängigen Organisationen in Chiapas* mit den BäuerInnen aus San Marcos solidarisch.

Als nächsten Schritt überlegt sich das MTC, die Brücke am Grenzübergang Guatemala/Mexiko zu besetzen.

Stopp den Internationalen Adoptionen!

Guatemala, 18. Okt. Das Komitee der Rechte des Kindes der Vereinten Nationen kritisiert das fehlende Interesse der guatemalteckischen Regierung, das Adoptionssystem zu überwachen und zu prüfen und die *Konvention von Den Haag zum Schutz von Mädchen und Jungen sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Adoptionen* zu ratifizieren. Diese wurde bereits 2002 von Guatemala akzeptiert und trat im März 2003 in Kraft. Doch im August desselben Jahres entschied das Verfassungsgericht, dass die Zustimmung zu jener Konvention verfassungswidrig sei und deswegen zurückgezogen werden müsste.

Die Indifferenz der Regierung hat nun zur Folge, dass die UNO den Stopp jeglicher Auslandsadoptionen fordert. Im Schnitt dürften nach UN-Angaben im Jahr nicht mehr als etwa 500 Adoptionen vollzogen werden, davon 90% im Land und 10% ins Ausland. Im Moment laufen dagegen um die 7'000 Adoptionsanträge, in ihrer Mehrheit auf internationaler Ebene. Mit diesen Zahlen positioniert sich Guatemala an die Spitze hinsichtlich des Exports von Mädchen und Jungen.

Derweil befindet sich ein Gesetzesvorschlag zur Abstimmung im Kongress, doch auf Antrag der *Grossen Nationalen Allianz* (GANA) wurde die Diskussion und somit die Ratifizierung des lange ausstehenden Regelwerks vertagt.

Das Hauptproblem der Adoptionen ist in Guatemala die Unkenntnis der Herkunft des Kindes. Diese Tatsache be-

günstigt den Raub von Kindern und das Mieten von Leihmüttern. Gerade das erstgenannte Verbrechen wurde im Verlauf des Jahres verstärkt beobachtet. Die Entführung eines Kindes - am besten lassen sich wohl jene im Alter zwischen 0 und 4 Jahren auf dem internationalen Adoptionsmarkt handeln - findet oft aus Krankenhäusern statt.

Allein 26 Klagen wegen Kindraubes wurden bislang 2004 eingereicht, von denen 17 Fälle bereits aufgeklärt werden konnten. Dabei wurden 13 Personen, vornehmlich Frauen, festgenommen. Ebenso sind im Laufe des Jahres 12 geheime Kinderheime aufgedeckt und aus diesen 44 Neugeborene in Obhut genommen, 19 weitere Personen verhaftet worden. Meinen sich die TäterInnen er tappt, setzen sie die Kleinen meist einfach aus und überlassen sie ihrem Schicksal.

Gemäss einem Bericht des Menschenrechtsprokurats (PDH) werden jährlich zwischen 2'500 und 3'000 Kinder geraubt und vornehmlich zur Adoption in die USA, nach Frankreich, Spanien und Kanada verschickt. Die Tatsache, dass auch die Vereinigten Staaten die Den Haager Konvention nicht ratifiziert haben, macht dieses Land zu einem unproblematischen Empfänger von kleinen GuatemalteckInnen.

Die Kosten einer Adoption belaufen sich nach Aussagen von Menschenrechtsprokurator Sergio Morales auf durchschnittlich US-\$ 23'000.

Die staatliche Nichtkontrolle ver-

wandelt somit die kleinen Menschen in Handelsware. Dem entgegenwirken soll ein von verschiedenen sozialen Gruppierungen und offiziellen Stellen gemeinsam erarbeiteter Gesetzesvorschlag, der den Adoptionsprozess an sich wesentlich transparenter und agiler zu gestalten sucht. In erster Linie sieht dieser als einzigeN BevollmächtigteN für die Autorisierung einE RichterIn vor, die im Kinder- und Jugendrecht versiert ist. Die Beteiligung von RechtsanwältInnen, die bislang die Adoptionen gerne über ihre eigenen Schreibtische und Konten laufen lassen, solle auf die Legalisierung der Dokumentation beschränkt werden. Das Wissen um die Herkunft soll mittels DNA-Analysen von Kind und Eltern dem Gesetzentwurf gemäss genauso garantiert werden wie das Mitspracherecht der Mütter hinsichtlich des Prozesses und seiner Implikationen für sie selbst sowie für die Kinder.

Es müsse erreicht werden, dass die Kleinen alle registriert sind, um eine staatliche Kontrolle zu gewährleisten, die gleichsam die Wahrung der Menschenrechte ermögliche, so Rossana Ajá, Direktorin des Gesundheitsprogramms des *Sekretariats für Soziale Werke der Präsidentschaftsgattin* (SOSEP). Zudem müssten laut Aussagen Ajás alle Kinderheime registriert und regelmässig supervisiert werden. Ob und wann sich der Kongress endlich zur Ratifizierung bequemen wird, bleibt angesichts der aktuellen öffentlichen Aufmerksamkeit abzuwarten.

Erneute Besetzung der Finca Nueva Linda

Guatemala, 29. Okt. Rund 150 mit Stöcken und Macheten bewaffnete BäuerInnen haben am 28. Oktober die am vergangenen 31. August gewaltsam geräumte Finca Nueva Linda erneut besetzt. Die Anführer der Besetzung sind gemäss der Tageszeitung *el Periódico* Töchter und Söhne des seit über einem Jahr verschwundenen Finca-Administrators Héctor Reyes. Ihre Forderung ist dementsprechend die Freilassung des Vaters bzw. Auskunft über dessen Schicksal. Bei der Besetzung nahmen die BäuerInnen 19 Sicherheitsbeamte der Finca als Geiseln. Diese wurden aber nach zweistündiger Verhandlung mit dem Menschenrechtsprokurat mitsamt ihren Waffen an die Polizei übergeben.

Von den weiteren angebotenen Verhandlungen der BesetzerInnen will der Fincabesitzer, Carlos Sandoval, jedoch nichts wissen und droht damit, die Finca erneut räumen zu lassen. Auch Präsident Berger teilt diese Meinung: „Unsere Aufgabe ist der Schutz des Privatbesitzes. Wenn geräumt werden muss, lassen wir räumen.“

Derweil ist die Menschenrechtskommission des Kongresses noch mit der ersten Räumung der Finca beschäftigt. Sie reiste nach Champerico, um eine Rekonstruktion des Tathergangs zu erstellen und sich ein eigenes Bild der Geschehnisse zu machen. Begleitet wurden die Kongressabgeordneten vom stellvertretenden Menschenrechtsprokurator von Retalhuleu. Dessen Vorgesetzter nahm nicht an der Begehung des Geländes teil, da er im Vorfeld Todesdrohungen erhielt.

Der 33-seitige Bericht der Menschenrechtskommission liest sich wie ein Krimi. Bei der Beschreibung der Vorgeschichte, also der Geschehnisse zwischen dem 5. September 2003, dem Tag, an dem Héctor Reyes verschwand, und dem 31. August 2004, dem Tag der Räumung, decken die Kongressmitglieder viele ungeklärte und widersprüchliche Tatsachen auf. Auffallend, wenn auch von den VerfasserInnen des Berichts nicht explizit hervorgehoben, ist, wie das Beispiel der Ehefrau des entführten Verwalters zeigt, wie Frauen in solchen Konflikten durch ihre emotionalen Bindungen an ihre Liebsten, durch die ökonomische Abhängigkeit und durch ihre spezifische Verletzbarkeit auf sexueller Ebene, von allen Seiten ausgenutzt werden können. So erstattete Floridalma Toledo Chávez, Ehefrau von Reyes, im Januar 2004 bei der Polizei Meldung, weil sie telefonisch erpresst wurde. 30'000 Quetzales forderten die Erpresser für die Freilassung ihres Mannes, eine Forderung, die ihrer Meinung nach aus den Sicherheitskreisen des Fincabesitzers kam. Im Juni machte sie eine notariell be-

glaubigte Aussage, die Fincabesetzung habe sich von einem anfänglichen Protest gegen die Entführung ihres Mannes in eine regelrechte Invasion gewandelt mit dem Ziel, Land zu erhalten. Sie selber, bzw. die Entführung ihres Mannes, diene nur noch als Vorwand. Davon wolle sie sich distanzieren, ebenso vom Anführer der BesetzerInnen, der (wie aus einem Nebensatz zu erfahren ist) sich ihre 15-jährige Tochter zur Partnerin genommen habe. Unterdessen war sie sich auch der Nichtbeteiligung des Fincabesitzers an der Entführung ihres Mannes sicher, weshalb sie von ihm eine „humanitäre Unterstützung“ von 40'000 Q akzeptiert hatte.

Diese Entlastungsaussage, die sich der Fincabesitzer eine ganze Stange Geld kosten liess, diente den Behörden als eine der Begründungen der Fincaräumung: Das Verfahren gegen den Fincabesitzer bezüglich der Entführung seines Angestellten sei eingestellt worden, entsprechend verliere die Besetzung jegliche Legitimität. Und dann wurde aufgeräumt (siehe ¡Fijate 318).

Klar und deutlich fallen die Schuldzuweisungen und Forderungen der parlamentarischen Menschenrechtskommission aus. Als erstes wird in dem Bericht betont, dass die Geschehnisse auf der Finca Nueva Linda nicht als Einzelfall behandelt werden dürfen. Auch wenn er nicht wie in den meisten Fällen die Folge eines Land- oder Arbeitskonflikts sei, müsse er klar in den Kontext der politischen Situation und der miserablen Lebensbedingun-

gen der Landbevölkerung gestellt werden. Weiter wird auf die Verfassung verwiesen, die den Schutz des Lebens als oberstes Menschenrecht festschreibt. Im vorliegenden Fall gäbe es einen Widerspruch zwischen dem Recht auf Demonstrationsrecht, Meinungsfreiheit und gewaltlosem Widerstand und dem Schutz des Privateigentums. Solche Widersprüche gäbe es leider immer wieder, vorgeworfen wird jedoch den zuständigen und involvierten Behörden und Einzelpersonen, dass sie keine oder falsche Prioritäten gesetzt hätten beim Schutz dieser verschiedenen Rechte. Bei einer Entführung stehe der Schutz des Lebens der entführten Person eindeutig an erster Stelle.

Im Bericht werden die befehlshabenden Polizeioffiziere, die Staatsanwaltschaft, der Gouverneur des Departements Retalhuleu, der Friedensrichter und, in letzter Instanz, die Regierung unter Präsident Berger, zur Verantwortung für den gewaltsamen Ausgang der Räumung gezogen.

Gefordert wird von der Kommission u.a. die Einsetzung eines unabhängigen Staatsanwaltes, die Absetzung des Gouverneurs, sofortige Bemühungen um die Freilassung von Héctor Reyes, die (Aus)Bildung von speziellen Verhandlungsteams, die bei Fincabesetzungen den Dialog führen können, eine Regelung über die Kompetenzen privater Sicherheitskräfte sowie alle drei Monate ein Bericht des Innenministeriums und der Staatsanwaltschaft über den Verlauf der weiteren Untersuchungen.

Karikaturist *Filóchofo* zensiert

Guatemala, 21. Okt. Dem Politikkarikaturisten José Manuel Chacón, besser bekannt als *Filóchofo*, wurde von der Tageszeitung *el Periódico*, in der seit drei Jahren regelmässig seine Zeichnungen erschienen waren, ohne explizite Gründe gekündigt. Laut einer E-Mail, die Chacón an seiner LeserInnenschaft sendete, argumentierten die Zeitungsbesitzenden mit einer finanziellen Krise des Blattes, die es nicht erlaube, Chacóns Monatshonorar von knapp 200 US-\$ zu zahlen. Der für seine zeichnerischen Hiebe gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit und für sein Engagement für die Umwelt bekannte Zeichner wies darauf hin, dass ihm im Jahre 2002 bereits mit dem gleichen Argument sein Gehalt um die Hälfte gekürzt worden war, zufällig zu dem Zeitpunkt, als er sich mit seinen PressekollegInnen Marielos Monzón und Ronaldo Robles solidarisierte, denen vom Sender *Emisoras Unidas* gekündigt worden war. Ihren Senderplatz nimmt seither der Direktor von *el-*

Periódico, Juan Luis Font, ein. Zwischen Juli 2003 und Juni 2004 sowie seit August „vergisst“ die Buchhaltung der Zeitung, Chacón sein Gehalt auszuzahlen, was sicherlich als erstes Anzeichen für den jetzigen Rausschmiss zu deuten ist.

Für José Manuel Chacón verliert das Medienorgan mit seiner Kündigung einen Meinungsspielraum, der mehr als 14 Jahre in verschiedenen Kommunikationsmitteln Gültigkeit hatte. Gleichzeitig stellte diese Aktion laut dem Autor ganz klar die HauptaktionärInnen der Zeitung bloss, denen seines Erachtens somit „die Maske der Helden, der Verteidiger der Pressefreiheit verloren ginge“. Doch unterkriegen lässt sich *Filóchofo* so schnell nicht. Mit der Hoffnung auf ein neues Guatemala, in dem die Kritik an den Regierenden und am ungerechten und wirkungslosen System kein Anlass zur Zensur sei, werde er versuchen, seinen Karikaturhelden *Filo* in alternativen Medien unterzubringen.